chen die deutschösterreichische Sozialdemokratie die Arbeiter für einen roten Stimmzettel gewinnen will. Daß man ein Freund und warmer Vertreter der Arbeiterinteressen sein kann, ohne in der Sozialisierung das Heil der Welt zu erblicken, dafür spricht die Haltung der englischen Arbeiterpartei.

Das neue Bauernprogramm.

Eine gewaltige Schwenkung haben die Sozialdemokraten in der Bauernfrage gemacht. Während sie früher den Grund und Boden des Bauernstandes vergesellschaftlichen wollten, erklären sie jetzt in ihrem Wahlprogramm, daß sie „das Eigentum des Bauern, der seine Scholle selbst bebaut, nicht antasten wollen". Wohl in keiner Frage hat die Sozialdemokratie ihre Vergangenheit derart verleugnet, wie in dieser. Was durch Jahrzehnte als Evangelium verkündet wurde, wird heute verleugnet. Und eine solche Umwandlung vollzieht sich in einer Partei, die in protzenhafter Weise erklärte, ihr Programm sei das Ergebnis der unanfechtbaren Wissenschaft und einer naturnotwendigen Entwicklung. Bekanntlich hatte sich Marx, der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, kurzerhand mit der Agrarfrage abgefunden, indem er seine Theorien von der kapitalistischen Entwicklung der Industrie auf die Landwirtschaft übertrug, ohne auf die tiefgehenden Unterschiede des landwirtschaftlichen und industriellen Produktionsprozesses Rücksicht zu nehmen. Das Oberhaupt der strenggläubigen Sozialdemokraten, der Obergenosse Kautsky, hat ein interessantes, mit viel Scharfsinn geschriebenes Buch über die Agrarfrage herausgegeben, das die Lehren von der zunehmenden Verdrängung der kleinen Industriebetriebe durch die großen auf die Landwirtschaft überträgt. Er behauptete, daß der Kleinbetrieb gegenüber dem Großbetrieb rückständig sei. Die Tatsachen der Statistik, die eine Zunahme der Kleinbetriebe in der Landwirtschaft zeigen, hatten in seinen Augen keinen Wert. Er entgegnete, daß der Bauer nur deshalb noch nicht vom Großbetrieb aufgesogen sei, weil er sich überarbeite und zu armselig lebe. Eine Lösung der Agrarfrage erwartete Kautsky nur von der Zusammenlegung der Grundstücke, vom genossenschaftlichen und kommunalen Großbetriebe. Kautsky konnte daher schreiben: „Das Agrarprogramm verlangt, daß wir dem Bauern auf dem

Lande das gewähren, was wir dem Industriearbeiter in der Stadt nicht gewähren: die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz. Das können wir nicht! Und wenn wir es könnten, würden wir das Gegenteil dessen erreichen, was wir durch den Arbeiterschutz bezwecken. Denn der Bauer fristet heute seine Existenz nur noch dadurch, daß er Weib und Kind aufs äußerste schindet, ihnen die Mittel raubt, sich zu bilden und sie körperlich herabdrückt. Die Aufrechterhaltung des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft ist das beste Mittel, um die Bevölkerung zu degenerieren; deshalb haben wir gar keinen Grund, diese elenden Existenzen zu fristen." Kautsky wird den Bannstrahl über die deutschösterreichische Sozialdemokratie schleudern, wenn er liest, daß sie den Bauern die Erhaltung ihres Besitzes versprechen.

Kautsky übersah dabei, daß die landwirtschaftliche Produktion nicht ein mechanischer, wie die Industrie, sondern ein organischer Prozeß ist und daß Arbeitsteilung, Ersatz der menschlichen Arbeit durch Maschinen nur bis zu gewissen Grenzen angewendet werden können, und daß bei der Landwirtschaft die Hauptsache die Individualisierung, die persönliche Arbeit des Bauern und seiner Familie ist. Aus diesem Grunde ist der Kleinbetrieb in der Regel (Ausnahmen sollen deshalb nicht bestritten werden) in der Landwirtschaft die bessere und rentablere Betriebsform, die die Produktion erhöht, weil sie in der an die Organisation an die bäuerliche Familie sich anschließende Arbeitsteilung ein Mittel hat, das dem Großbetrieb immer versagt bleibt. Trotz dieser Tatsachen wurde an dem alten sozialistischen Dogma festgehalten, das die Bauern nur zu Pächtern des sozialistischen Staates herabdrücken will und von dem Großbetriebe die Lösung der Agrarfrage erwartet hat. Neben Marx war Engels die höchste Autorität der Sozialdemokratie. Derselbe schrieb am 12. November 1894 im „Vorwärts: „Die Entwicklung des Kapitals vernichtet unrettbar das bäuerliche Grundeigentum. Unsere Partei ist sich vollständig klar darüber, aber sie hat durchaus keinen Anlaß, diesen Prozeß durch eigenes Eingreifen zu beschleunigen. Gegen richtig gewählte Maßregeln, die den Kleinbauern den unvermeidlichen Untergang weniger schmerzhaft machen sollen, läßt sich also prinzipiell nichts einwenden; geht man weiter, will man den Kleinbauern permanent erhalten, so erstrebt man

nach meiner Ansicht ökonomisch Unmögliches, opfert das Prinzip, wird reaktionär." Die deutschösterreichischen Sozialdemokraten, die in ihrem Wahlprogramm dem Kleinbauern die Scholle erhalten wollen, müssen sich von Engels den Vorwurf gefallen lassen, daß sie reaktionär sind und ihre Grundsätze verraten.

Oder sollen wir noch andere Aussprüche den Sozialdemokraten in Erinnerung rufen, um zu beweisen, wie „reaktionär" und „grundsatzlos" sie jetzt handeln? Schrieb doch der „Vorwärts" in Berlin am 6. Dezember 1891: „Uns kann es nicht in den Sinn kommen, den Privateigentumsbestrebungen der Bauern auf Grund und Boden irgendwie förderlich zu sein. Die Erde gehört nicht den Bauern, sondern allen Menschen; privates Eigentum an Grund und Boden ist niemand zuzubilligen." Oder ist vergessen, daß noch auf dem deutschen Parteitag in Graz (1900) eine Entschließung angenommen wurde, in der es hieß: „Unter den praktischen landwirtschaftlichen Reformen ist für diejenigen einzutreten, die auf eine gesellschaftliche Organisation der Erzeugung und Verteilung der Bodenprodukte abzielen, also: Vergesellschaftung von Wald und Wiese"? Und der deutschösterreichische Führer Dr. Ellenbogen leistete sich den Ausspruch in einer Wiener Versammlung am 3. November 1895: „Der Bauer wird ebenso ruiniert und proletarisiert, wie der industrielle Arbeiter. Es handelt sich darum, die Persönlichkeit des Bauern zu schützen, nicht seinen Besitz aufrecht erhalten zu wollen." (Abgedruckt in der „Arbeiterzeitung" vom 24. Februar 1907.) Derselbe Dr. Ellenbogen wird aber heute, wenn er als Wahlwerber auftritt, anders sprechen müssen, als vor elf Jahren, um nicht mit seinem Wahlprogramm in Widerspruch zu kommen.

Dieses vollständige Umsatteln der Sozialdemokraten in der Agrarfrage muß doch einen Grund haben. Die Überzeugung, daß ihre großen Lehrmeister und Propheten, wie Marx, Engels und Kautsky, sich in einer so wichtigen Frage gründlich getäuscht haben, kann nicht ausschlaggebend gewesen sein, denn sie hatten schon früher Gelegenheit, ihren Irrtum einzusehen. Wir glauben in der Annahme nicht fehlzugehen, daß die deutschösterreichische Sozialdemokratie nur deshalb eine andere Fahne aushängt, um bei diesen Wahlen auch

Bauernstimmen zu erhalten. Sie wissen zu gut, daß sie ohne die Bauern niemals Deutschösterreich zu einer sozialistischen Republik machen können, die auf der Grundlage der Demokratie aufgebaut ist. Es wäre möglich, mit Hilfe der Gewalt eine Diktatur der Arbeiterklasse zu errichten, bei der eine Minderheit über die Mehrheit herrscht, wie es in Rußland der Fall ist. Doch dieser sozialistische Anschauungsunterricht ist nicht geeignet, große Sympathien für die sozialdemokratische Bewegung hervorzurufen. Gerade Rußland hat gezeigt, daß der Bauer von einer kollektiven Landwirtschaft nichts wissen will, und daß sein Streben nach dem vollen Privateigentum an seinen Produktionsmitteln dort den Sieg davonträgt. Kautsky (siehe seine Schrift „Die Diktatur des Proletariats", 1918) verspottet die Regierungssozialisten in Deutschland, die ein Agrarprogramm suchen, um die Bauern für den sozialistischen Staat zu gewinnen. Nach seiner Ansicht hängt aber der Sieg des Sozialismus nur von einer Zunahme der landwirtschaftlichen Großbetriebe und von der Verlegung der Industriebetriebe auf das flache Land ab, und von einer stärkeren Bevölkerungszunahme in den Städten und Industrieorten. Die deutschösterreichischen Sozialdemokraten kümmern sich aber nicht um diesen Spott. Ihnen sind einige Mandate, die sie mit Hilfe irregeführter Kleinbauern zu erobern hoffen, lieber, als das Festhalten an dem alten sozialistischen Prinzip von der allgemeinen Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden.

Die Liebe zum Bauernstand mag schwerlich den Anstoß zu dieser grundstürzenden Programmänderung gegeben haben, denn aus ihrer Abneigung gegen die landwirtschaftliche Bevölkerung haben die Obergenossen niemals ein Hehl gemacht und sich auch während des Krieges kein Blatt vor den Mund gelegt. In einer Rede in Paris führte der alte Liebknecht, der Vater des jetzigen Führers der Spartakusleute, aus (S. „Der Sozialdemokrat", 1880, Nr. 23): „Wer ist bisher unser gefährlichster Gegner gewesen? Das zähe Festhalten des Bauern an seinem Eigentum, das war die Schranke, an welcher das rasche Wachstum der Sozialdemokratie schließlich hätte zum Stillstand kommen müssen. Das amerikanische Getreide beseitigt diese Schranke, es expropriiert den Bauern, es stößt ihn in das Proletariat hinab . . . Jeder, dem es ernst

ist um eine wahrhaft revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft, muß das amerikanische Getreide für eine revolutionäre Gewalt erklären, welche zur Revolutionierung des Volkes mehr beiträgt als alle Sardinenbüchsen mit Dynamit. Der wissenschaftliche Sozialismus sieht daher in der amerikanischen Konkurrenz eine der besten Bürgschaften eines baldigen Erfolges." Die Spekulation auf das amerikanische Getreide, das den Ruin unseres Bauernstandes herbeiführen sollte, hat sich nicht erfüllt. Die große Agrarkrise schlug zwar dem deutschen Bauernstand schwere Wunden, doch schließlich hat er sich lebenskräftiger erwiesen, als wie der rote Dr. Eisenbart voraussagte. Dem Hasse gegen das Bauerntum hatte auch Bebel auf dem Parteitage in München (s. Protokoll, S. 225) offen Ausdruck gegeben, als er sich in seiner Rede folgende Schimpferei leistete: „Es bewahrheitet (!) sich also hier wieder einmal, daß es keine egoistischere, rücksichtslosere, brutalere, aber auch borniertere Klasse gibt, als unsere Agrarier." Und derselbe Bebel sagte am 27. August 1897 im deutschen Reichstage: „Es gibt keinen gemeineren und niederträchtigeren Arbeiterschinder als den Bauern." Wenn die Sozialdemokraten in der Wahlbewegung sich als Bauernfreunde einführen wollen, so wird sich empfehlen, sich ihres Verhaltens während des Krieges zu erinnern. So schrieb die „Arbeiterzeitung" (vom 5. Mai 1915): „Der Staat hat den Agrariern alle Wünsche erfüllt, die Landwirtschaft aber hat alle Erwartungen enttäuscht, und die Opfer waren vergebens." Tatsächlich hat aber nicht der Bauernstand im Kriege versagt, sondern die von der Sozialdemokratie geförderte Zentralenwirtwirtschaft und deren jüdischen Sendlinge. Und ist es nicht eine schwere Ungerechtigkeit, die unserem Bauernstand angetan wurde, wenn Dr. Ellenbogen auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Wien vom 19. bis 24. Oktober 1917 sagte: „Mit einem Worte: kein Stand, keine Person, kein einzelnes Individuum hat eine solch schamlose Raff- und Raubgier, eine solch entmenschte Gefühllosigkeit und Hartherzigkeit, eine solche Staatsfeindlichkeit gegen die sterbenden Kinder, gegen die hungernden Mütter bewiesen wie die Agrarier." Mag das Verhalten einzelner Bauern im Kriege zu einer scharfen Kritik herausfordern, doch in dieser Verallgemeinerung und in dieser krassen Form ist es ein schwerer Schimpf und eine schreiende Ungerechtigkeit, die durch diese Rede dem Bauernstand zuteil wurde. Die Raff-

und Raubgier ist bei anderen Leuten zu suchen. Diese wenigen Belege aus der Zeit vor und während des Krieges kennzeichnen am besten das „warme Herz" der Sozialdemokratie für den Bauernstand und für dessen freie Arbeit auf der heimatlichen Scholle. Wenn die antisozialdemokratischen Parteien für die entsprechende Aufklärung Sorge tragen, dann ist nicht zu zweifeln, daß die sozialdemokratische Landagitation mit einem vollen Mißerfolg enden wird und daß die Bauern den sozialdemokratischen Agitatoren eine Absage zuteil werden lassen, wenn man ihnen zumutet, für eine sozialistische Republik Zutreiberdienste zu leisten.

Der Großgrundbesitz und die Sozialdemokratie.

Das sozialdemokratische Wahlprogramm verspricht den Wählern, das der Großgrundbesitz dem Volke wiedergegeben und Eigentum der Gesamtheit werden soll. „Der enteignete Großgrundbesitz soll in solcher Weise verwaltet werden, wie der Boden nur im Großbetriebe zweckmäßig bewirtschaftet werden kann. Wo das aber nicht der Fall ist, wo der Kleinbetrieb größeren Ertrag verspricht, sollen auf dem Boden, der bisher dem Adel, der Kirche, den Kapitalisten gehört hat, Kleinbauer und Landarbeiter angesiedelt werden." Bezüglich des Großgrundbesitzes ist die Sozialdemokratie ihrem alten Programm treu geblieben. Sie läßt ein Privateigentum an diesem Besitz nicht zu, auch die kleinen Bauern und Landarbeiter werden nicht Eigentümer dieses ihnen aus dem Großgrundbesitz zugewiesenen Bodens, sondern nur Pächter der sozialistischen Republik. Während sich der Wahlaufruf wohlweislich gehütet hat, den Grund und Boden, den der Bauer heute besitzt, anzutasten, und ihn als Staatseigentum zu erklären, ist die Forderung der Beschlagnahme des Großgrundbesitzes für den Wählerfang ohne jedes Risiko, denn die Zahl der Besitzer des Großgrundbesitzes ist sehr gering, und außerdem der Landhunger der Besitzlosen sehr groß. Zwischen dem christlichsozialen und sozialdemokratischen Programm ist in dieser Frage ein großer Unterschied. Während ersteres nur die Enteignung des volkswirtschaftschädlichen Großgrundbesitzes gegen Ablösung verlangt, und jenen,